



**Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Joint Conference Church and Development

---

Bundespressekonferenz 12.12.2011, 10.30 Uhr

## **Rüstungsexportbericht 2011**

*Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten*

*Katholischer Vorsitzender der GKKE*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Bericht der Bundesregierung über ihre Rüstungsexportpolitik und die Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr 2010, aber in der Diskussion sind auch die höchst umstrittenen Vorgänge aus dem laufenden Jahr zu berücksichtigen. Dabei wollen wir insbesondere das Stabilisierungsargument kritisieren, das die Bundesregierung etwa auf Saudi Arabien hin vorträgt. Anfang Juli 2011 wurde über die Presse bekannt, dass die Bundesregierung bei einer Sitzung des Bundessicherheitsrates am 27. Juni die Ausfuhr von mehr als 200 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 A7+ nach Saudi-Arabien im Grundsatz gebilligt habe. Die Information aus dem Bundessicherheitsrat löste auch in der deutschen Öffentlichkeit einen bemerkenswerten Sturm von Protesten aus. Sowohl die GKKE als auch Repräsentanten unserer beiden Kirchen haben die mutmaßliche Exportgenehmigung als unannehmbar verurteilt. Das Geschäft wurde inzwischen von saudischer Seite gegenüber der Presse („Die Zeit“) bestätigt.

Die Menschenrechte werden in Saudi-Arabien aufs Größte verletzt. Die Rüstungsdynamik in der Region wird mit dieser Lieferentscheidung weiter angeheizt. Auf die Verletzung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU und der Politischen Grundsätze der Bundesregierung mit dieser Rüstungsexportgenehmigung wurde wiederholt hingewiesen. Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien widersprechen darüber hinaus der deutschen Außenpolitik, die sich zur Unterstützung der arabischen Demokratiebewegungen bekannt hat. Saudi-Arabien war erst im März mit eigenen Spezialeinheiten zumindest im Hintergrund an der blutigen Niederschlagung des friedlichen Protests im Nachbarstaat Bahrain beteiligt. Das auch in parlamentarischen Debatten vorgetragene Argument, dass dieser Rüstungsexport zur Stabilität in der Region beitrage, kann aus unserer Sicht nicht akzeptiert werden. Das Königreich steht der zum Teil gewaltbereiten salafistischen Bewegung nahe. Es unterstützt konsequent einen Islam wahabitischer – also puritanisch-konservativer – Prägung und fördert dessen Verbreitung im Übrigen auch in Deutschland.

Die GKKE steht auch dem EADS-Geschäft und der damit verbundenen polizeilichen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien sehr kritisch gegenüber. Im Jahr 2008 erhielt die EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) den Auftrag, die erforderliche Technologie zur Sicherung der Außengrenze Saudi-Arabiens zu liefern. Bis 2018 soll die über 6.500 km lange Grenze mit modernster Technologie gesichert sein. Die Gesamtkosten des Vorhabens werden auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzt. Zeitlich parallel zu dem EADS-Geschäft hat der Einsatz von Angehörigen der Bundespolizei

zur Schulung saudischer Sicherheitskräfte bei der Grenzüberwachung sowie in der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus begonnen. In die finanzielle Abwicklung des offiziellen Personaleinsatzes ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einbezogen. Der jetzige Kenntnisstand über den Transfer sowie Berichte über dessen Implementierung weisen auf erhebliche Diskrepanzen zu den Standards hin, wie sie bislang für die deutschen Ausfuhren von Militärgütern und -technologien zu gelten haben. Zudem sehen wir diese Form der staatlich privatwirtschaftlichen Kooperation höchst skeptisch.

Im Jahr 2012 steht die Überprüfung des Gemeinsamen Standpunkts der EU von 2008 an. Die GKKE mahnt, die sich jetzt bietende Chance zu nutzen und Konsequenzen aus den Waffenlieferungen an autoritäre und repressive Regime im arabischen Raum zu ziehen. Deren verhängnisvolle Wirkungen sind während der ersten Hälfte des Jahres 2011 im Kontext der arabischen Auf- und Umbrüche drastisch zu Tage getreten. Die legal und illegal in die Region gelangten Waffen haben dazu beigetragen, dass in den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen ein hohes Gewaltpotential freigesetzt wurde, erhebliches menschliches Leid erzeugt, Entwicklungspotentiale zerstört und politisch-institutionelle Unwägbarkeiten geschaffen wurden. Auch im Fall von Angola rechtfertigt die Bundesregierung Rüstungslieferungen mit dem Argument, sie wolle eine Regionalmacht in die Lage versetzen, Gewaltkonflikte in ihrem Umfeld militärisch unter Kontrolle zu bringen. Mit ähnlichen Begründungsmustern wurde in den 70er Jahren das Regime von Schah Reza Pahlewi hochgerüstet. Jetzt soll Saudi-Arabien militärisch gestärkt werden, um die Vormachtstellung des Iran in der Region einzudämmen. Diese Beispiele zeigen, dass der häufig hergestellte Zusammenhang zwischen autoritären Regimen und von ihnen erzeugter Stabilität und Sicherheit ein Trugschluss ist.

Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, mit einer restriktiven Rüstungsexportkontrolle Lehren aus diesen Fehlentwicklungen zu ziehen. Darüber hinaus sollte sie sich mit Nachdruck für ein strenges und verbindliches europäisches Regelwerk zur Kontrolle von Rüstungsexporten jenseits nationaler Kompetenzen einsetzen.